

Schweiz



Was vom Spielen übrig blieb: Tisch in der Kinderkrippe Lelamela in Au-Wädenswil. Foto: Patrick Gutenberg

Krippen sollen verstärkt auf die Bildung von Kleinkindern setzen

Ein nationaler Plan will die Betreuung in Krippen vereinheitlichen. Widerstand kommt aus der Politik.

Von David Schaffner, Bern

Wer in der Schweiz einen Betreuungsplatz für sein Kind sucht, sieht sich einem vielfältigen Angebot gegenüber und hat oft Mühe, Krippen miteinander zu vergleichen. Viele Kitas sind durch private Initiativen entstanden und berufen sich auf unterschiedlichste Grundsätze und Menschenbilder. Die Bestimmungen für eine Krippenbewilligung unterscheiden sich von Kanton zu Kanton und teilweise auch zwischen den Gemeinden. Darüber hinaus haben zehn verschiedene Verbände und Gruppierungen freiwillige Richtlinien und Empfehlungen herausgegeben.

Um einen solchen Wildwuchs zu verhindern, haben viele westliche Länder in den letzten Jahren gehandelt und Bildungspläne für das Alter zwischen null und vier bis zehn Jahren entwickelt. Neuseeland machte ab 1991 den Anfang, danach folgten Norwegen, Schweden und England sowie die übrigen skandinavischen Länder. Zwischen 2002 und 2006 haben auch die deutschen Bundesländer unabhängige Bildungspläne für die frühe Kindheit vorgelegt.

In einem Grundlagenpapier bezieht sich das Schweizer Netzwerk Kinderbetreuung auf diese Projekte. Sie dienen als Referenz für die Entwicklung eines sogenannten Orientierungsplans, der ab Sommer 2012 eine Vereinheitlichung in der Schweiz bringen soll. Hinter dem Netzwerk stehen unter anderem grosse Städte und Kantone.

«Ganzheitlich und komplex»

In welche Richtung der Schweizer Plan gehen könnte, zeigt das «Berliner Bildungsprogramm für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen bis zu ihrem Schuleintritt». Es teilt die frühkindliche Bildung in drei Bereiche auf: Das Kind soll sich «ein Bild von sich selbst machen» können, sich «in der Kindergemeinschaft erleben» und «die Welt erkunden».

Um diese Kompetenzen zu erlangen, soll ein Kind 48 konkrete Ziele erreichen. Es soll beispielsweise die Körperteile benennen können, Begriffe für Gefühle kennen, sich bei Spielen mit Vorschlägen einbringen und Kenntnisse «über die gesunde Umwelt und ökologische Kreisläufe» entwickeln. SP-Bildungspolitikerin Jacqueline Fehr nennt den Berliner Plan als Vorbild.

Mit der Entwicklung des Schweizer Bildungsplans sind hohe Hoffnungen verbunden: «Bisher ging es in der Debatte um Kinderkrippen vor allem darum, möglichst viele Plätze zur Verfügung zu stellen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern», erklärt Miriam Wetter, Geschäftsführerin des Netzwerks Kinderbetreuung. «Wir

möchten nun einen Paradigmenwechsel einläuten und zusätzlich die Frage des Bildungsauftrags der Krippen in den Vordergrund rücken.»

«Baby-Harmos» abgelehnt

Wie breit der Schweizer Plan dereinst zur Anwendung kommt, ist noch offen. SP-Politikerin Fehr hofft, «dass sich die allermeisten Krippen auf den Plan stützen werden». Ein offensichtliches Interesse haben jene Institutionen, die hinter dem Netzwerk stehen, also beispiels-

«Viele Menschen nehmen fälschlicherweise an, dass Vorschulkinder nur spielen wollen.»

Miriam Wetter, Netzwerk Kinderbetreuung

weise die Zürcher Bildungsdirektion, das Stadtzürcher Sozialdepartement, das Stadtberner Jugendamt oder der Verband der Kindertagesstätten der Schweiz. Bereits heute setzen mehrere Städte darauf, die pädagogische Qualität der Krippen zu erhöhen (siehe Artikel unten). Zürich und Bern erwägen, ab Sommer 2012 den Orientierungsplan in Pilotprojekten zu testen. Definitiv entscheiden werden sie aber erst, wenn er ab Mai vorliegt.

In der Politik dürfte das Projekt heftigen Widerstand auslösen. Bildungspoli-

tiker erwägen bereits 2008, schweizerweite Regeln einzuführen. Die nationale Bildungskommission ersuchte die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) darum, eine Vereinbarung auszuarbeiten. Nachdem jedoch eine heftige Debatte über die Harmonisierung der Schule (Harmos) ausgebrochen war und das Volk in mehreren Kantonen einen Beitritt zum Konkordat abgelehnt hatte, verzichtete die SODK darauf, ein «Baby-Harmos» auszuarbeiten. Die dadurch entstandene Lücke soll nun der Orientierungsplan füllen.

«Keine Verschulung der Krippe»

Da sich der Plan faktisch als neuer Standard durchsetzen könnte, üben konservative Politiker wie der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen Kritik: «Wir müssen die Kinder auch einmal Kinder sein lassen», fordert er. «Schon bald stehen sie von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr unter ständiger Beobachtung durch Pädagogen.»

Kleinkinder seien am besten bei Menschen aufgehoben, die schlicht «ein Flair für Kinder haben» und nicht bei Akademikern mit einem Pädagogikabschluss, meint Wasserfallen. Die Berner SVP-Nationalrätin und Krippenleiterin Nadja Pieren ist ebenfalls skeptisch: «Je mehr eine Krippe nach strengen Konzepten arbeitet, desto mehr Personal braucht sie. Krippenplätze werden für die Eltern dadurch teurer, ohne dass sie einen Zusatznutzen haben.»

Mehr Chancengerechtigkeit

In Basel wird die Krippe obligatorisch

In Basel müssen schlecht integrierte Eltern ihre Kinder künftig in eine Spielgruppe schicken. Zürich will ebenfalls mehr Kinder erreichen - freiwillig.

Von David Schaffner, Bern

Je mehr Förderung ein Kind in seiner Umgebung erhält, desto bessere Chancen hat es später in der Schule. Diese Erkenntnis gilt unter vielen Pädagogen als unbestritten. Dennoch treten die Kinder in der Schweiz heute mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in die erste Klasse ein. Einige haben zu Hause viele wichtige Anregungen erhalten und überdies an einigen Tagen in der Woche eine pädagogisch ausgerichtete Kinderkrippe besucht. Andere Kinder wiederum wachsen in einer reizarmen Umgebung auf - entweder zu Hause oder in einem Hütedienst.

Um die Unterschiede zu verkleinern und allen Kindern möglichst gute Startchancen zu geben, haben Städte wie Basel, Zürich oder Bern unterschiedliche Massnahmen ergriffen. Am radikalsten geht Basel vor, das ab 2013 ein «selektives Obligatorium» vorsieht. Verfügt ein Vorschulkind vor dem Eintritt in den Kindergarten über unzureichende Deutschkenntnisse, muss es während mindestens zweier Halbtage eine Spielgruppe oder eine Krippe besuchen.

Dies bedeutet, dass neu auch Spielgruppen in der Lage sein müssen, Deutschkenntnisse pädagogisch zu fördern. Das Krippenpersonal in Basel wird nun während zweier Jahre entsprechend ausgebildet. Für die Umsetzung des Obligatoriums rechnet Basel mit jährlich 2 Millionen Franken Kosten. Eltern mit tiefen Einkommen müssen den Krippenbesuch des Kindes nicht bezahlen.

Zürich will künftig ebenfalls mehr Kinder aus schlecht integrierten Fami-

Die konservative Kritik schiesse am Ziel vorbei, meinen hingegen die Befürworter. Im Gegensatz zu Wasserfallen hält es SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr für «unbestritten, dass gerade Kleinkinder die besten Pädagogen brauchen». Denn im frühen Kindesalter entscheide sich, ob ein Kind ein positives Verhältnis zum Lernen entwickle. Sowohl Fehr als auch Netzwerk-Geschäftsführerin Wetter betonen, dass es «keineswegs um eine Verschulung der Krippe» gehe.

«Viele Menschen nehmen fälschlicherweise an, dass Kinder im Vorschulalter nur spielen und keinesfalls lernen wollen», betont Wetter. «Tatsächlich wollen sich die Kinder aber auf spielerische Weise grundsätzliches Wissen über die Welt aneignen. Hier möchten wir anknüpfen und aufzeigen, wie die Krippen auf diese kindliche Neugier nach Wissen am besten eingehen können.»

Schlechte Schüler sind teurer

Höhere Kosten dürfte der Orientierungsplan hingegen tatsächlich mit sich bringen. Fehr und Wetter sind jedoch überzeugt, dass sich zusätzliche Investitionen lohnen: «Wenn beispielsweise ausländische Kinder schon in der Krippe Deutsch lernen, brauchen sie später in der Schule weniger Stützmassnahmen, die deutlich teurer sind als gute Krippenplätze», betont Fehr.

Dossier: Die Krippen-Debatte

www.krippen.tagesanzeiger.ch

Deutlich mehr Spezialärzte

Das Ende des Ärztestopps hat Folgen: Im Januar haben sich 323 Spezialisten als frei praktizierende Ärzte angemeldet. Kassen fürchten einen Kostenschub.

Von Markus Brotschi, Bern

Bis Ende 2011 galt für Spezialärzte der Zulassungsstopp: Eine neue Praxis konnte nur eröffnet werden, wenn ein bisheriger Spezialist seine Tätigkeit aufgab. Der Zulassungsstopp war 2002 als Notmassnahme gegen steigende Gesundheitskosten und den Zustrom von EU-Ärzten eingeführt worden. In einem ersten Schritt wurde auf Mitte 2010 die Begrenzung für die Allgemeinpraktiker aufgehoben, seit Anfang 2012 können alle Fachärzte wieder ohne Einschränkung eine Praxis eröffnen.

Was Kassen und die Kantone befürchtet haben, ist nun im ersten Monat ohne den Ärztestopp eingetroffen. Im Januar haben 323 Spezialärzte eine Zahlstellennummer beim Kassenverband Santésuisse beantragt. Im Januar 2011 waren es nur 123 gewesen. Die Zahlstellennummer berechtigt zur Abrechnung über die obligatorische Krankenversicherung. Die massive Zunahme hänge direkt mit der Aufhebung des Zulassungsstopps zusammen, heisst es bei Santésuisse. Denn die Zahl neuer Hausarztpraxen blieb im Januar gegenüber dem Vorjahr gleich: 57 Grundversorger beantragten eine Zahlstellennummer. Der Anstieg gehe also ausschliesslich auf die Fachgruppen der Spezialärzte zurück. Auch eine zweite Befürchtung von Gesundheitspolitikern bestätigt sich. Viele Ärzte aus der EU interessieren sich für eine Praxis in der Schweiz. 40 Prozent der insgesamt 380 im Januar erteilten Zahlstellennummern gingen an Ärzte aus dem EU/Efta-Raum. Offen ist allerdings, wie viele bereits in der Schweiz tätig waren, etwa in einem Spital.

Santésuisse warnt, dass die Zunahme von frei praktizierenden Spezialärzten einen neuen Kostenschub auslöst. Der Kassenverband hofft deshalb, dass die Managed-Care-Reform in der Referendumsabstimmung vom Juni eine Mehrheit erhält. Falls diese scheitert, dürfte bald wieder der Ruf nach einer neuen Begrenzung für Spezialärzte kommen.

Nachrichten

Abstimmung Zweitwohnungsinitiative im Umfragehoch

Die Mehrheit der Stimmberechtigten möchte offenbar nicht sechs Wochen Ferien im Jahr. Laut einer SRG-Umfrage stimmen nur 39 Prozent der Initiative mit diesem Anliegen zu. Besser kommt die Initiative gegen den Zweitwohnungsbau an. Wäre letzte Woche abgestimmt worden, hätten 61 Prozent zugestimmt, 27 Prozent waren dagegen. Zur Buchpreisbindung sind die Meinungen geteilt: 48 Prozent sind dafür, 39 Prozent dagegen, 13 Prozent unentschieden. (SDA)

Justiz

Liste unverjährbarer Straftaten soll länger werden

Die Rechtskommission des Nationalrates will die Liste unverjährbarer Straftaten erweitern. Auch sexuelle Handlungen mit Anstaltspfleglingen, Gefangenen oder Beschuldigten und die sexuelle Ausnutzung einer Notlage sollen nie verjähren. (SDA)

Kindersitze

Kommission gegen Ausnahmeklausel für Taxis

Die Verkehrskommission des Ständerats ist gegen eine Ausnahmeklausel für Taxis. Die Kindersitzpflicht war 2010 verschärft worden. Kinder müssen seither in Kindersitzen fahren, bis sie 12 Jahre alt oder 150 Zentimeter gross sind. (SDA)

Armee

8210 Tonnen Munition bleiben in den Seen

8210 Tonnen Armeemunition bleiben auf dem Grund von Schweizer Seen. Der Bund kam zum Schluss, dass die Bergung zu riskant wäre. In den Seen stelle die Munition keine Gefahr dar. (SDA)